



# Existenzangst geht um

Die niedersächsischen Milcherzeuger befinden sich wie ihre europäischen Kollegen in einer beispiellosen Existenzkrise. Die bereits 2008 gezeigte Marktschwäche setzte sich 2009 fort – verstärkt durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise – fort. Sinkende Absätze im In- und Ausland haben die Weltmarktpreise für Milch- und Milcherzeugnisse auf einen Tiefstand gedrückt.

Der Handel hat diese Entwicklung extrem ausgenutzt und sich seiner bisher zehn Preissenkungsinitiativen gerühmt. Zwar äußern Verbraucher bei Befragungen immer mehrheitlich großes Verständnis und sind zur Zahlung angemessener Preise für Milch und andere Nahrungsmittel bereit, an der Kasse des Lebensmittelhandels spielt aber offenkundig zumeist der Preis die entscheidende Rolle. Dieses gilt auch für die weiterverarbeitende Industrie wie zum Beispiel Bäcker und Eiscremehersteller, die Rahm durch günstigeres Pflanzenfett ersetzt haben.

Dabei war der Mengendruck ursprünglich nicht hoch: Zwar erhöhte die EU-Agrarmarktpolitik die Milchquoten ungeachtet der Marktlage 2008 um 2,5 Prozent und 2009 nochmals um ein Prozent - die europäischen Milcherzeuger nutzten diesen Spielraum im Quotenjahr 2008/09 aber nicht aus und unterlieferten um 5,4 Mio t oder 3,8 Prozent, in acht Ländern wurde die nationale Quote sogar um mehr als 10 Prozent unterschritten. Nur in fünf Mitgliedstaaten, den Niederlanden, Italien, Österreich, Zypern und Luxemburg, wurde die nationale Quote nicht eingehalten. Trotzdem bauten sich neue erhebliche Lagerbestände auf. Die EU-Kommission hatte auf Drängen u. a. des Deutschen Bauernverbandes die Zeiträume für die Intervention von Butter und Magermilch bis zum 28.02.2010 verlängert. Da sie außerdem auch die Exporterstattungen erhöhte, wurde von bestimmten Gruppen und Parteien wie ABL, BUND,

Die Grünen und die Linke eine Diskussion geführt, in der das Schicksal der Milchbauern z. B. in der Elfenbeinküste die größte Rolle spielte. Dass mit den Exporterstattungen nur versucht wird, die schwache Wettbewerbsstellung der EU-Milchwirtschaft infolge des schwachen Dollarkurses auszugleichen und kaum Mengen in afrikanische Entwicklungsländer exportiert werden, wollte man nicht zur Kenntnis nehmen. Der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) folgte in diesem Fahrwasser und gab sogar ein Interview in der „Roten Fahne“.

Bauernverband und Landvolkverband Niedersachsen haben sich neben den Marktstützungsmaßnahmen erfolgreich für schnelle Liquiditätshilfen auf Bundesebene eingesetzt. Vor Ort wurde eine Vielzahl von Bankengesprächen geführt. Dabei musste den Bankenvertretern erläutert werden, dass auf dem Milchmarkt künftig ähnlich wie auf den anderen Agrarmärkten mit Marktschwankungen zu rechnen ist. Deshalb ist auch die in die Zukunft gerichtete Forderung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage absolut wichtig und wird gegenüber der neuen Bundesregierung erneut vorgetragen. Den Milcherzeugern heute kein Trost, aber für die Einschätzung des Potenzials der deutschen Milchwirtschaft sehr wichtig, sind die langfristigen Marktprognosen verschiedener Wissenschaftler. Alle stimmen überein, dass die Sicherung der Welternährung ein großes Problem werden wird. Boden, Wasser und Energie werden knapp. OECD, FAO



**Dr. Werner Rüter**  
Referent für  
Milch

Landwirte und Verbraucher formieren sich am Pfingstmontag auf dem Hof von Hartmut Seetzen.



oder FAPRI erwarten, dass die Weltmarktpreise nach 2011/2012 deutlich steigen werden. Norddeutschland mit seinem hohen Selbstversorgungsgrad bei der Milch von rd. 190 Prozent wird davon stark profitieren, in vielen Regionen Europas wird die Milcherzeugung trotzdem – wie schon seit vielen Jahren – weiter abnehmen.

**Von den Forderungen** des Verbandes, mit einem neuen Vorruhestandsprogramm und mit Umschulungsmaßnahmen denjenigen Milchbauern zu helfen, die ihre Milcherzeugung aufgeben und vielleicht einen anderen Betriebszweig aufbauen wollen, wird aus Finanzierungsgründen wohl leider nur die Umschulung und Beratung aufgegriffen werden.

**Hatte das Landvolk** im Sommer 2008 eine klare Positionierung des Verbandes zu seinen Grundüberzeugungen und speziell zum Milchmarkt vorgenommen, so schien es angesichts der anhaltend rückwärts gerichteten Diskussion in Teilen der Milcherzeugerschaft wichtig, durch einstimmigen Beschluss der Kreislandvorsitzenden nochmals die Grundüberzeugungen zu unterstreichen. Erwähnenswert ist, dass beide Male die niedersächsischen Papiere von anderen Landesbauernverbänden aufgegriffen worden sind. Vizepräsident Heinz Korte hatte Gelegenheit, u. a. unsere Grundforderungen zur Milchmarktpolitik Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Besuches eines Milchviehbetriebes in Ritterhude vorzutragen:

- Keine nationalen Alleingänge,
- Verlässlichkeit der Politik und damit Planungssicherheit,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe,
- kurzfristige Liquiditätshilfen,
- kartellrechtliche Unterstützung, u. a. bei Molkereizusammenschlüssen, um auf die Einkaufsmacht des Lebensmitteleinzelhandels reagieren zu können.

**Die EU-Agrarminister** haben auf ihren zahlreichen Konferenzen ein ums andere Mal unterstrichen, dass das Ende der Milchquotenregelung 2015 unumkehrbar ist und die Beschlüsse des Health Check nicht wieder in Frage gestellt werden. Hierüber hat auch die Bundeskanzlerin zu keiner Zeit Zweifel aufkommen lassen. So hat sie Anfang Oktober anlässlich eines Milchgespräches im Bundeskanzleramt BDM-Vorsitzender Romuald Schaber aufgefordert, nicht länger falsche politische Hoffnungen bei den Milchbauern zu schüren und mit Träumereien endlich aufzuhören. Es gehört zu einer der Grundüberzeugungen des Landvolk Niedersachsen, dass zu einer verantwortungsvollen Verbandspolitik eine nüchterne Analyse und realistische Einschätzung der allgemeinen Rahmenbedingungen gehört. Den Mitgliedern ist nicht mit Wunschen gedient! Zu einem offenen Markt, in dem 44 Prozent der erzeugten Milch und Milchprodukte exportiert, 38 Prozent importiert und 16 Prozent an die weiterverarbeitende Industrie, das Ernährungsgewerbe und an Großverbraucher geliefert werden, verbieten sich jegliche nationale Alleingänge, will man der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milcherzeuger und ihren Molkereien nicht großen Schaden zufügen. Leider erwecken auch Politiker der CSU immer wieder den Ein-



druck, mit nationalen Quotenbeschränkungen sei das Marktpreisniveau nennenswert zu beeinflussen. Der Vorstandsvorsitzende der niederländischen Campina hat bereits 2008 hierzu festgestellt, dass sein Unternehmen die deutsche Diskussion voller Interesse verfolge und gegebenenfalls am Markt reagieren werde.

Bauern, Landfrauen und Gewerkschaften machten im Sommer gemeinsam gegen Preisdruck mobil.

**In den Koalitionsverhandlungen** von CDU/CSU und FDP wurden in der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Umwelt die Aussetzung der Bundes- und Molkereisaldierung sowie die Umsetzung der auf EU-Ebene beschlossenen Erhöhung der Milchquote um ein Prozent besonders kontrovers diskutiert. Der Verband hat dazu auf verschiedenen Ebenen Stellung genommen und Alleingänge Deutschlands abgelehnt. Wenn die Befürworter von CSU und BDM Recht hätten, müsste das Preisniveau in Großbritannien bereits in ungeahnte Höhen gestiegen sein, denn dort wird seit Jahren die nationale Quote um rund 10 Prozent unterliefert. Sicher wäre nur, dass rund 55 Prozent der deutschen Milcherzeuger, von denen überdurchschnittlich viele in Bayern und Baden-Württemberg wirtschaften, für das Quotenjahr 2008/09, das nach Saldierung eine Unterlieferung von 265 Mio kg ergeben hat, Abgaben in Höhe von 307 Mio Euro hätten aufbringen müssen. Gleichzeitig würden die Quotenpreise wieder nach oben getrieben – ohne dass ein Markteffekt sicher wäre. Ähnlich wäre die Nichtzuteilung der vom EU-Agrarministerrat beschlossenen Quotenerhöhung um ein Prozent einzuschätzen. Die von Bundesministerin Ilse Aigner zunächst favorisierte Übernahme der Quotenerhöhung in die Direktvermarkterquote wäre auch rechtlich kritisch zu sehen und wohl auf dem Rechtsweg überprüft worden.

**Der niedersächsischen Landesregierung** ist zu danken, dass sie in all diesen Fragen eine verlässliche Politik verfolgt und dafür steht, den Betrieben Planungssicherheit zu geben.

**Dass es zur marktwirtschaftlichen** Ausrichtung der Verbandspolitik auch für den Milchmarkt keine Alternative gibt, wird durch die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im EU-Agrarrat deutlich. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch nicht dazu geführt, den freien Warenverkehr einzuschränken. Deshalb wird der deutsche und der europäische



Milchmarkt sicher nicht zu einer planwirtschaftlichen Insel isoliert werden. Das schließt marktpolitische Eingriffe in Notsituationen nicht aus. Deren Wirksamkeit zeigt das aktuelle Marktgeschehen. Der Fettmarkt zieht seit einigen Wochen an und auch der Käseabsatz hat sich im dritten Quartal erfreulich entwickelt. Gerade der Käsemarkt verdeutlicht die Dynamik des Marktes. Zum Herbstanfang waren Marktpulse noch nicht erkennbar, heute sind die Käsereifungslager der Molkereien bereits überproportional zurückgefahren, nicht alle Anfragen des Handels können mehr bedient werden. Der Buttermarkt profitiert offensichtlich von den Interventionskäufen der EU. Die Überschüsse wurden vom Markt genommen, so dass jetzt bei hohen Lagerbeständen die Preise steigen. Mit dem von den Molkereien ausgehandeltem Abschluss für Trinkmilch wurde die Basis für einen stetigen Aufwärtstrend gelegt.

**Außerhalb der Markt- und Preispolitik** war sicher das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Grundgesetzwidrigkeit des Absatzfondsgesetzes für

alle Marktbeteiligten eine große Herausforderung. Es zeigte sich schon bald, dass dadurch ein großes Vakuum entstanden ist. Leider ist es nicht gelungen, anstelle der ZMP eine neue einheitliche Organisation aufzubauen. Neben der durch die Initiative des Bauernverbandes und der Landwirtschaftsverlage gegründeten Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) hat der Milchindustrieverband die Zentrale Milchmarkt Berichterstattung GmbH (ZMB) aufgebaut. Diese haben zwischenzeitlich erfreulicherweise eine Bürogemeinschaft vereinbart, so dass Doppelarbeit vermieden werden kann. Bezüglich der CMA ist es bisher noch nicht gelungen, wenigstens für die Auslandsbüros eine Auffanglösung zu finden. Auch fehlt in Deutschland jetzt eine Institution auf Bundesebene, die die von der EU-Kommission jährlich bereit gestellten Mittel für Imagekampagnen einsetzen könnte. Da diese Mittel national kofinanzieren sind, ist das Bundeslandwirtschaftsministerium hier gefordert. Hilfsweise treten erst einmal die Landesvereinigungen Milch der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen gemeinsam an.

Absatzbelebung statt Quotenkürzung forderte das Landvolk vor der Presse in Wunstorf in der Region Hannover.



„Es tut uns Milchbauern weh, morgens vor der Arbeit schon zu wissen, dass wir abends ein Stück ärmer sind“, sagte Landvolk-Vizepräsident Heinz Korte bei dem Runden Tisch der Landwirtschaft im April in Berlin.

